Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 19 (1999)
Heft: 38

Artikel: Globalisierung, Standortnationalismus und Sozialstaat
Autor: Butterwegge, Christoph
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652299

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christoph Butterwegge

Globalisierung, Standortnationalismus und Sozialstaat

Die öffentliche Debatte über Globalisierung, „Standortsicherung" und den Umbau des Sozialstaates leidet seit ihrem Beginn unter einer pauschalen Gleichsetzung von Denationalisierungserscheinungen in der Ökonomie mit bestimmten gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, wie sie das neoliberale Wettbewerbsmodell fordert (Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung). Es wäre sinnvoll, deutlicher zu unterscheiden zwischen diesem Konzept mächtiger Interessengruppen zur Reorganisation fast aller Gesellschaftsbereiche nach marktwirtschaftlichen Funktionsprinzipien und ökonomischen Konkurrenzmechanismen („Standortsicherung"), das die Regierungen der westlichen Industriestaaten präferieren, und der Globalisierung als einem Prozess mit der impliziten Tendenz zur Überwindung territorialer, nationalstaatlicher Grenzen.

Ungleichheit als neoliberales Projekt – Abschied vom (Sozial-)Staat?

Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Ereignisse und Entwicklungstendenzen, die transnationalen Akteuren („global players"), besonders weltweit operierenden Großunternehmen, gewisse Vorteile verschaffen, entsteht der falsche Eindruck, „Globalisierung" sei ein quasi eigengesetzlicher, aus sich selbst heraus Wirkungsmacht entfaltender Prozess. „Vor allem deshalb erscheint die Globalisierung in der Diskussion als unabhängiges Gegenüber zum National- und Wohlfahrtsstaat, als eine Kraft, die von außen auf diesen einwirkt und die Regierungspolitik bestimmt. Damit wird aber unterschätzt, in welchem Maße die Globalisierung selbst *auch* ein Ergebnis *autonomer* nationaler Politik war und ist." (Rieger 1998, 820) Die ökonomische Globalisierung erfolgt weder naturwüchsig, noch ist der darunter subsumierte Prozess bloß ein „Phantom", wie etwa Ulrich Dolata (1997) mutmaßt. Nicht die Globalisierung selbst, sondern der überall verbreitete Glaube, ihre Deformation zur neoliberalen Modernisierung mehre den Wohlstand aller Wirtschaftsstandorte (Städte, Regionen, Nationen) und Bürger/innen, ist ein Mythos, welcher von den im gegenwärtigen Kapitalismus bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ablenkt.

Seinen bis heute dauernden Siegeszug trat der Neoliberalismus, zuerst meist „Neokonservatismus" genannt, bereits gegen Ende der siebziger/ Anfang der achtziger Jahre an. Später setzte sich die Bezeichnung „Neoliberalismus" durch, obwohl dessen Aufwertung kapitalistischer Marktsteuerung keineswegs mit einem Engagement für die individuellen Bürgerrechte, Hauptmerkmal des zur Bedeutungslosigkeit absinkenden politischen Liberalismus, einherging (Bischoff 1998, 55 f.). Damals wurden in den USA und Großbritannien (unter Ronald Reagan bzw. unter Margaret

Thatcher) liberalkonservative Regierungen gebildet, die den vier Jahrzehnte lang dominierenden Keynesianismus durch eine sog. Angebotsökonomie („supply-side economics") ersetzten, verbunden mit einer Schwerpunktverlagerung von der Fiskal- zur Geldmengenpolitik (Monetarismus) und restriktiver Budgetpolitik (Austeritätskurs) des Staates. Der moderne Wohlfahrtsstaat wurde ganz in den Dienst des Marktes gestellt und den Gewinninteressen seiner kapitalkräftigsten Teilnehmer untergeordnet (Thatcherismus bzw. Reagonomics).

Aus der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die durch Steuererleichterungen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen möchte, entwikkelte sich eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurzum: Wirtschaftsstandorten unterschiedlicher Größe, zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät. Hans-Gerd Jaschke (1998, 114) spricht vom Neoliberalismus als einem „Marktradikalismus" bzw. „-fundamentalismus", der sein Gesicht erkennbar wandle: „Von einer interessenpolitisch begründeten und nachvollziehbaren wirtschaftspolitischen Position wird er immer deutlicher zu einer umfassenden politischen Ideologie, die sich unangreifbar gibt, indem sie auf die Globalisierung verweist, auf den Konkurrenzdruck und das angedrohte Abwandern von Unternehmen."

Dass der Neoliberalismus eine beherrschende Position im öffentlichen und Fachdiskurs erringen konnte, verdankte er weniger der Überzeugungskraft seiner Theorie, die ihren Hauptvertretern, etwa den Ökonomie-Nobelpreisträgern Friedrich A. Hayek und Milton Friedman, großen Einfluss verschaffte, als vielmehr deren geschickter Vernetzung, systematischer Unterstützung durch sog. Denkfabriken (think tanks) und von Stiftungen geförderter Lobbyarbeit (Plehwe/Walpen 1999). Unter dem wachsenden Druck neoliberaler Strömungen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft wurde die Kritik am vorgeblich überhöhten Leistungs*niveau* und massenhaften Leistungs*missbrauch* des Sozialstaates seit Mitte der siebziger Jahre zur Institutionenkritik verdichtet (Sitte 1998, 710). Sie gewann gegen Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre eine neue Qualität, weil soziale Sicherheit jetzt als „Standortrisiko" für die Allgemeinheit, nicht mehr bloß als Gefahr für die Freiheit des einzelnen Bürgers erschien. Wenn die Volkswirtschaften miteinander verwachsen, der Weltmarkt die Politik der Nationalstaaten diktiert und Gesellschaften als bloße „Wirtschaftsstandorte" fungieren, deren Wettbewerbsfähigkeit über das Wohlstandsniveau ihrer Bürger/innen entscheidet, kann das Soziale keine (große) Rolle mehr spielen.

Der (nordwest)europäische Wohlfahrtsstaat gilt neoliberalen Kritikern als von der ökonomisch-technologischen Entwicklung überholt, als Hemmschuh der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Investitionshindernis, kurz: als Dinosaurier, der ins Museum gehört, neben das Spinnrad und die bronzene Axt. Alfred Zänker (1994, 205) bringt diese Grundüberzeugung des Neoliberalismus auf den Punkt, wenn er über das Verhältnis von

Ökonomie und Politik schreibt: „Der Sozialstaat ist zum Klotz am Bein der Wirtschaft im Wettstreit auf den Weltmärkten geworden." Ultraliberale machen den Sozialstaat für alle Übel und Missstände, die es ihrer Meinung nach in modernen Gesellschaften gibt, verantwortlich: Die Massenarbeitslosigkeit, den allgemeinen Werteverfall und die Krise der Familie, den Geburtenrückgang und sogar die wachsende Heiratsunwilligkeit von Frauen führen sie auf seinen Ausbau nach dem Zweiten Weltkrieg zurück (Berthold 1997, 33 f.). Wer – wie manche linke Kritiker – über „Globalisierungs-" bzw. eine oder mehrere „Standortlügen" lamentiert (Ehrenberg 1997, Boxberger/Klimenta 1998, Zugehör 1998), erweckt leicht den Eindruck, als hätte sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit bzw. von Ökonomie und Politik in den letzten Jahrzehnten kaum verändert, obwohl es der Neoliberalismus gerade in allen hochentwickelten Staaten einem tiefgreifenden Wandel unterzieht. „Das Verhältnis von Politik und Ökonomie wird neu definiert, die Staatsapparate werden entsprechend strukturellen Veränderungen unterworfen und die Ziele und Aufgaben staatlicher Politik modifiziert." (Buntenbach 1998, 151)

Ist der Neoliberalismus im Begriff, die Rolle von Staat und Politik generell zu beschneiden? Der SPD-Politiker Erhard Eppler (1998, 194) bejaht diese Frage: „Wo die Politik Schritt für Schritt durch den Markt ersetzt werden soll, ist die Handlungsunfähigkeit der staatlichen Organe gewollt. Der Neoliberalismus hat nicht nur den Sozialstaat, sondern ‚den Staat' selbst im Visier." Dagegen verbindet Joachim Hirsch (1998, 83) mit der globalen Durchkapitalisierung eine neue Phase der Durch*staatlichung*: „So kann generell von einem ‚Rückzug' des Staates aus der Gesellschaft trotz aller neoliberalen Propaganda keine Rede sein, auch wenn sich die Formen staatsadministrativer Regulierung erheblich verändern, also z.B. polizeiliche Überwachung an die Stelle von materiellen Sozialleistungen tritt, private Schulen subventioniert statt staatliche errichtet werden, oder wenn statt einfacher Ge- und Verbote im Umweltschutzbereich staatlich regulierte Marktmechanismen eingesetzt werden, das heißt, wenn der Staat durch Steuer- und Subventionspolitik die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Beseitigung von Umweltschäden selbst noch einmal ein profitables Geschäft werden kann." Walter Schöni wirft dem Neoliberalismus nicht nur vor, die *soziale Ungleichheit* als einen Motor individueller Leistungsbereitschaft zu instrumentalisieren und soziale Auslese zu betreiben, die zur Spaltung zwischen Zentren und Randregionen, zwischen Einheimischen und Ausländer(inne)n sowie zwischen höher und niedriger Qualifizierten führt, sondern er differenziert auch zwischen Staatsapparaten und ihren Funktionen: „Eine Ordnungspolitik, die Konfliktpotentiale schürt und Konflikte gleichzeitig unterbinden will, benötigt nicht weniger staatliche Regulierung, sondern eine besonders autoritäre Form derselben." (1994, 72) Tatsächlich bedeutet die Herrschaft des Marktes keineswegs, dass Abschied vom (Sozial-)Staat genommen wird; dieser wird durch neoliberale Modernisierung nur marktgängiger und machthöriger (Butterwegge u.a. 1999).

Der „schlanke Staat" des Neoliberalismus ist mitnichten frei von büro-

kratischen Auswüchsen – im Gegenteil: Für personenbezogene Leistungskontrollen, ausgedehnte Evaluationsbürokratien und die Vergabe von Innovationspreisen werden womöglich mehr Sach- und Personalmittel benötigt als bis dahin. Gleichzeitig propagieren Ultraliberale einen reinen Fürsorgestaat, der die Lohn(neben)kosten und die Sozialleistungen reduziert, damit sie die transnational agierenden Firmen kaum belasten und deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht gefährden. In einem Kostensenkungswettlauf der Wirtschaftsstandorte werden die Leistungsstandards „nach unten nivelliert". Das neoliberale Projekt einer Standortpolitik bezweckt eine Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. Es versteht Globalisierung als „Gegenreform" (Huffschmid 1998), als Restauration des Kapitalismus *vor* John Maynard Keynes. Was als „Modernisierung" klassifiziert wird, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Staaten das Kapital einer gewissen Kontrolle unterwarfen. Es geht um die Ökonomisierung (fast) aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem privatkapitalistischen Marktmodell und die Generalisierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen. Man kann von einem „Wirtschaftstotalitarismus" sprechen, der nach Joachim Bergmann die „negative Utopie" des Neoliberalismus ausmacht: „Ökonomische Kriterien, Kosten und Erträge sollen ebenso alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme bestimmen – die soziale Sicherung und die materielle Infrastruktur so gut wie Bildung und Kultur." (1998, 334)

Schritte zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen sowie zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten sind Marksteine auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Konkurrenz und Kommerz prägen. Privatisierung führt in einen Teufelskreis der *Entsolidarisierung*, weil sich die „besseren Risiken" aus den allgemeinen Sozial(versicherungs)systemen zurückziehen, wodurch diese wiederum noch unattraktiver werden. Praktisch findet eine *Reindividualisierung sozialer Risiken* statt, worunter Personen mit einem überdurchschnittlich hohen Gefährdungspotenzial und relativ niedrigen Einkommen am meisten zu leiden haben. „Auf der Schattenseite des Privatisierungstrends werden alle diejenigen stehen, die nicht über genügend Kaufkraft verfügen, um die Sicherung ihrer sozialen Bedürfnisse unter privatwirtschaftlichen Bedingungen zu nachfragewirksamem Bedarf werden zu lassen, sowie diejenigen, deren soziale Risiken entweder für nicht versicherungsfähig gelten oder nur zu prohibitiv hohen Beiträgen versicherungsfähig wären, wie dies im Bereich des Gesundheitswesens für chronische Krankheiten häufig der Fall ist." (Rösner 1999, 59)

Standortnationalismus als Gefahr

Die neoliberale Hegemonie verschärft nicht nur die soziale Asymmetrie, sie ist vielmehr auch eine Gefahr für die Demokratie, weil sie Politik, begriffen

als gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, durch sozialökonomische Selektionsmechanismen substituiert (Butterwegge u.a. 1998). Rainer Zugehör spricht daher von einer „zunehmende(n) Entdemokratisierung" als Konsequenz der neoliberalen Standortpolitik: „Die Ausweitung bzw. Stärkung der Marktkräfte bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Regulations- und Kontrollmöglichkeiten hat nämlich zur Folge, daß die wirtschaftspolitischen Instrumentarien, insbesondere die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der Regierungen, der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung sukzessive entzogen werden können." (1998, 24)

Privatisierung läuft auf Entpolitisierung, diese wiederum auf Entdemokratisierung der Gesellschaft hinaus, weil nunmehr der Bourgeois jene Entscheidungen trifft, die eigentlich dem Citoyen bzw. der Citoyenne, dem Gemeinwesen sowie seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten. Somit schließen sich das Prinzip „Markt" und das Prinzip „öffentliche Aufgaben in einem demokratischen Staat" grundsätzlich aus, wie Bodo Zeuner richtig bemerkt: „Wer z.B. das Bildungssystem in gegeneinander konkurrierende Unternehmen aufspaltet, die mit eigenen Budgets arbeiten und im Interesse der ‚Wirtschaftlichkeit' Gebühren von Studenten, vielleicht demnächst von Schülern, erheben dürfen, der stärkt nicht irgendwelche ‚Eigenverantwortlichkeiten', sondern baut das demokratische Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen ab und entzieht letztlich der demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Ressourcen sozialstaatlich umzuverteilen." (1997, 31)

Außerdem ist der neoliberale *Minimal*staat viel eher *Kriminal-* als *Sozial*staat, denn die drastische Reduktion der Wohlfahrt zwingt ihn verstärkt zur Repression gegenüber Personen(gruppen), die als „Modernisierungs-" bzw. „Globalisierungsverlierer/innen" und Opfer seiner rückwärtsgerichteten „Reformpolitik" bezeichnet werden können. „Die Spaltung in eine globale ‚Club-Gesellschaft der Geldvermögensbesitzer' und nationale Gesellschaften, die noch immer ‚Arbeitsgesellschaften' sind, führt in letzter Konsequenz dazu, daß der Rechtsstaat zu einem Staat mutiert, der den ‚inneren Frieden' mit Gewalt aufrechterhalten muß – mit Disziplinierung anstelle von Konsens und mit Sicherheitspolitik anstelle von Sozialpolitik." (Mahnkopf 1999, 120)

Zuerst werden die Grundrechte von Menschen angetastet, denen man einen Missbrauch staatlicher Sozialleistungen umso eher vorwerfen kann, als sie sich als Leistungsempfänger/innen ohnehin in einer prekären Situation und extrem schwachen Rechtsposition befinden (Sonnenfeld 1998). Genannt sei nur die äußerst restriktive Handhabung des Ausländer- und Asylrechts im Sinne einer Festungsmentalität, bei der man durchaus von institutionellem Rassismus sprechen kann: „Die deutsche Variante des Neoliberalismus verbindet (...) ‚globale' Elemente mit einer neurechten Lesart der Verteidigung des Nationalstaates." (Hansen 1998, 204) Nachdem man Kürzungen und Zwangsmaßnahmen zu Beginn der neunziger Jahre an Flüchtlingen „ausprobiert" hatte (Baumann 1998, 35), gerieten

auch bestimmte Gruppen der einheimischen Bevölkerung ins Visier: Personenkontrollen ohne konkrete Verdachtsmomente, Platzverweise und Aufenthaltsverbote der staatlichen Ordnungskräfte für Bettler/innen, Obdachlose sowie Drogenabhängige sind in größeren Städten Deutschlands mittlerweile längst an der Tagesordnung.

Durch seine wahnhafte Fixierung auf den (globalen) Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen Nährboden für jene Ideologie, die ich „*Standortnationalismus*" nenne. Seit der welthistorischen Zäsur 1989/90 teilt sich der Nationalismus fast überall in zwei Strömungen: einen *völkisch-traditionalistischen*, protektionistisch orientierten *Abwehr*nationalismus, der besonders in sog. Schwellenländern überwiegt, die ihre Marktöffnung als „Globalisierungsverlierer" mit sozialen Verwerfungen bezahlen, sowie einen *Standort*nationalismus, der als Legitimationsbeschaffer des Neoliberalismus fungiert, seiner ökonomisch-technologischen wie geistig-moralischen Aufrüstung bzw. Aufwertung des „eigenen" Wirtschaftsstandortes dient, wo hochentwickelte Industrieländer mit Erfolg modernisiert werden. Der zeitgenössische Nationalismus nimmt eine Doppelstruktur an, die sich innerhalb der äußersten Rechten reproduziert. Obwohl weder die „Nation" noch der eigene „Wirtschaftsstandort" eine Antwort auf die globalen Probleme an der Schwelle zum 3. Jahrtausend bilden (Gessenharter 1997), kaprizieren sich Alte und Neue Rechte auf die eine oder andere Variante des Nationalismus.

Standortnationalismus bezieht die traditionelle „Sorge um das (deutsche) Vaterland" auf den Fetisch „internationale Wettbewerbsfähigkeit" und macht den „eigenen", im Gefolge der Globalisierung angeblich bedrohten Wirtschaftsstandort zum Fixpunkt des politischen Handelns. Dass hier auch die erste Regierungserklärung von Gerhard Schröder (1998) anknüpft, zeigt schon der ihrem letzten Satz entnommene Titel „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...", unter dem sie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgab. Da wundert es kaum, dass in dem Buch „Ab in die Neue Mitte!" eines Schröder-Beraters wieder von „deutschen Tugenden" die Rede ist, mit deren Hilfe man im „Wettbewerb der Wirtschaftsblöcke" erfolgreich zu sein hofft (Tichy 1998, 12 f.).

Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert – ungewollt oder bewusst – die Entwicklung nach rechts in vielen Gesellschaftsbereichen, z.B. an den Hochschulen (Butterwegge/Hentges 1999), bringt eine neue, marktradikale und das individuelle Leistungsvermögen fetischisierende Rechte hervor und verstärkt die Tendenz zur Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und sogenannten Randgruppen. Es ist eben kein Zufall, dass Ausgrenzung und rassistische Gewalt – nicht nur, aber vor allem unter jungen Männern – gerade heute, also im Zeichen der Globalisierung, drastisch zunehmen (Butterwegge 1996). Neuer Sozialdarwinismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus gehören zu den negativsten Begleiterscheinungen eines Denkens, das sich mit dem „eigenen" Wirtschaftsstandort identifiziert und dessen Schicksal auf den Weltmärkten geradezu hypostasiert.

Die sogenannte Neue Rechte schlägt die Brücke zum Konservatismus über den Wirtschaftsliberalismus (Schui u.a. 1997). Dass der Standortnationalismus gegenüber einem traditionellen Bezug auf das Volk an Bedeutung gewinnt, liegt an einer strategischen Umorientierung des Rechtsextremismus, der sich gleichzeitig als konsequentester Kritiker und eigentlicher Retter des Sozialstaates zu profilieren sucht. Schließlich korrespondiert die modernste Spielart des Nationalismus mit Niedergangsvisionen neokonservativer Kulturpessimisten und Warnungen reaktionärer Publizisten vor „Versorgungsstaat" und „sozialer Vollkaskomentalität". Der *modernisierte, wirtschaftsliberale* Rechtsextremismus will nicht mehr fremde Länder, sondern neue Märkte erobern.

Standortnationalismus ist ein auf die Weltökonomie angewandter Sozialdarwinismus, welcher unter Berufung auf „nationale Tugenden" die Überlegenheit des jeweiligen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er kommt – wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie – aus dem Zentrum, also nicht etwa von den „Rändern" bzw. „Randgruppen" der Gesellschaft, wobei er sich die tief sitzende Überzeugung vieler Deutscher zunutze macht, einem besonders fleißigen, tüchtigen und erfindungsreichen Volk anzugehören. Standortnationalismus stellt ein ideologisches Bindeglied zwischen dem Liberalkonservatismus und dem Rechtsextremismus dar. Ohne diese über einen Kamm scheren zu wollen, kann man feststellen, dass sich ihre Berührungspunkte mehren. Nationalismus war immer ökonomisch motiviert bzw. fundiert; was seine jüngste Spielart von den älteren Varianten unterscheidet, ist der Umstand, dass sie fast ohne jedes Pathos auskommt und nicht mehr beansprucht, eine historische Mission oder einen kulturellen Auftrag – etwa die „Zivilisierung" angeblich zurückgebliebener Völker – zu erfüllen, obwohl man sich Ländern der sogenannten Dritten Welt gegenüber als Wirtschaftsmacht auch heute noch überlegen dünkt. Deutschland sieht man gleichwohl in einer Opferrolle, die für den Nationalismus seit jeher günstig war, um Ressentiments gegenüber „dem Ausland" und ethnischen Minderheiten zu schüren, heimische Ressourcen zu mobilisieren und patriotisch eingestellte Menschen erneut für imperialistische Interessen zu vereinnahmen.

Im modernen Standortnationalismus gehen der tief sitzende Glaube an die biologisch-genetisch bedingte Überlegenheit „deutschen Erfindergeistes" und „deutscher Wertarbeit" mit der Sorge um das Vaterland und der Angst vor sozioökonomischen Neidgefühlen bzw. einem daraus vielleicht erwachsenden Komplott auswärtiger Mächte eine Synthese ein. Was den Standortnationalismus für die Führungskräfte in Wirtschaft, Politik und Verwaltung attraktiv macht, ist die Möglichkeit, den Menschen damit „zwecks Sicherung/Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit" ihres Landes materielle Opfer und eine höhere Arbeitsmoral abzuverlangen oder sie für eine Senkung von Löhnen und Gehältern, Sozialleistungen und Umweltstandards zu gewinnen.

Neoliberalismus in Rot-Grün?

Während seiner sechzehnjährigen Amtszeit hatte das Regierungsbündnis von CDU, CSU und FDP den Sozialstaat zwar nicht – wie Margaret Thatcher in Großbritannien oder Ronald Reagan in den USA – demontiert, aber schrittweise transformiert. Neben einzelnen Leistungsminderungen in verschiedenen Sicherungsbereichen umfasste der „Umbau" des Wohlfahrtsstaates auch *qualitative* Momente: Die unter dem Stichwort „Neue Steuerungsmodelle" erfolgte Einführung von Managementmethoden, Konkurrenzmechanismen und Leistungskriterien in die Sozialpolitik und in die öffentliche Verwaltung ist ein Beispiel dafür, wie falsch es wäre, diesen Restrukturierungsprozess als bloßen „Abbau" oder „Verschlankung" zu charakterisieren (Butterwegge 1999).

Die neue Bundestagsmehrheit hat sozial- und beschäftigungspolitische Fehlentscheidungen der alten Regierungskoalition unverzüglich korrigiert: Einschränkungen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurden nach weniger als einem Vierteljahr zurückgenommen. Zumindest die problematischsten Veränderungen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (Kostenerstattungsverfahren, Selbstbehalt, Beitragsrückgewähr, Beschränkung der Leistungen für Zahnersatz auf nach 1978 Geborene usw.) sind per Vorschaltgesetz beseitigt. Auch wurden die vom Bundestag während der letzten Legislaturperiode beschlossenen Rentenkürzungen und die in Aussicht gestellte Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld suspendiert. Andere Erblasten der liberal-konservativen Bundesregierung blieben hingegen unangetastet: Leistungskürzungen und massive Einschränkungen der Arbeitnehmer(innen)rechte – etwa im Bereich der Sozialhilfe, der Berechnung von Arbeitslosenhilfe oder der beruflichen Weiterbildung.

Von einem „Politikwechsel" kann man bisher höchstens insofern sprechen, als Sozialdemokratie und Gewerkschaften nunmehr wieder in korporatistische Arrangements eingebunden sind, wodurch das kapitalistische Krisenmanagement an Stabilität und Massenloyalität gewinnt, obgleich ihre Wähler- und ihre Mitgliederbasis erodieren. Keine der beiden Koalitionsparteien verfügte über eine politisch-ideologische Alternative zum Liberalkonservatismus. Vielmehr wurden Kernelemente neoliberaler Ideologie von der Sozialdemokratie, ihrer Parteiführung bzw. dem darin dominanten Kanzler-Flügel und von Bündnis 90/Die Grünen adaptiert. Wer etwa wie Bodo Hombach (1998, 129) „Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis" fordert, nimmt die dadurch zwangsläufig erwachsende Ungerechtigkeit einer marktkapitalistischen Leistungsideologie zuliebe in Kauf. Die anstelle der sozialen Gerechtigkeit zum Ziel erhobene *Chancen*gleichheit steht nur auf dem Papier, weil die Startbedingungen der Menschen von Geburt an extrem unterschiedlich sind: „Wer ein Vermögen erbt oder einheiratet oder wem es durch andere güotige Umstände zufält, der kann dieses am Markt gewinnbringend einsetzen und daraus ohne besondere persönliche Mühe Einkommen erzielen. Die moralische Achillesferse des Neoliberalismus

besteht somit darin, daß er – abgesehen von sozialen Gesichtspunkten – nicht einmal die von seinen Protagonisten oftmals behauptete Leistungsgerechtigkeit zu gewährleisten vermag." (Rösner 1999, 44)

Typisch rechte Topoi wie die „Glorifizierung des Mittelstandes" (Schui u.a. 1997, 160) wandern in die Sozialdemokratie hinein. Hombach fordert – wie der frühere Bundeskanzler Kohl – eine „Kultur der Selbständigkeit", die Arbeitsplätze schaffen helfen, innovative Kräfte freisetzen und Deutschland befähigen soll, sich im Konzert der Wirtschaftsgiganten zu behaupten. Abgesehen davon, dass „die Deutschen" kaum ein Volk der Unternehmer werden können, würde die Spaltung der Gesellschaft vertieft und das Problem zunehmender Verarmung bei wachsendem Wohlstand mitnichten gelöst. Das sozialdemokratische Projekt der „Neuen Mitte" verkleistert die kapitalistischen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse. „Es ist eine Ideologie der Sieger, die aus der Globalisierung als soziale Aufsteiger hervorgegangen sind. Sie fördert die Leistungsträger und bietet den Verlierern, Langsamen und Schwachen, nachdem sie definitiv abgehängt worden sind, auf der Basis des Leistungsprinzipes eine Existenz im unteren Teil der Gesellschaft an." (Jansen 1999, 30 f.) Hierzu passt, dass sich gegenwärtig offenbar ein beide Regierungsparteien übergreifender Konsens zur bloßen Minimalabsicherung der Bevölkerung gegenüber elementaren *Risiken* herausbildet. Das rot-grüne Bundeskabinett möchte Subventionen und soziale Leistungen, ganz in der Tradition seines Vorgängers stehend, stärker auf „die wirklich Bedürftigen" konzentrieren (Schröder 1998, 902).

Schon der Name des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und *Wettbewerbsfähigkeit*", das sich am 7. Dezember 1998 konstituierte, lässt erkennen, dass sich nur der Weg, nicht aber das Ziel beider Regierungen voneinander unterscheidet. Wie schon beim 1996 gescheiterten „Bündnis für Arbeit und zur *Standortsicherung*" dominiert die Überzeugung, auf dem Weltmarkt als Wirtschaftsstandort gegenüber anderen bestehen zu müssen. Statt in einem permanenten *Kostensenkungswettlauf* mit den sogenannten Billiglohnländern auf der Strecke zu bleiben, will man sie in einem *„Innovationswettstreit"* besiegen. Es soll nicht unbedingt (für die Kapitalseite) *billiger*, sondern *besser* produziert und mehr Geld in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert werden.

Wie ihre Exportrekorde und ihre gegenüber fast allen Weltmarktkonkurrenten höhere Produktivität zeigen, leidet die Bundesrepublik nicht unter einer wie auch immer gearteten „Standortschwäche", sondern stört im Gegenteil das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ihrer Handelspartner. Nicht die einschlägigen Wirtschaftsdaten, sondern die Verteilungsrelationen sind besorgniserregend: Während das Bruttoinlandsprodukt, der Außenhandelsüberschuss (1998 immerhin 128,6 Mrd. DM) sowie die Exportstärke der Bundesrepublik weiter zunehmen, sinkt die Lohnquote und steigen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit bzw. Vermögen überproportional (Schäfer 1999).

Nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzender im März 1999 erfolgte der offene Schwenk zum Neoliberalis-

mus. Was das kurz vor der Europawahl am 13. Juni 1999 veröffentlichte Schröder/Blair-Papier (1999) auf der politisch-programmatischen Ebene dokumentierte, fasste das von der Bundesregierung zwei Wochen später in seinen Eckwerten beschlossene, unter das Motto „Deutschland erneuern" gestellte „Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität" in Zahlen. Rudolf Hickel hat moniert, die Regierungspraxis werde mit dem Sparpaket erneut fest an die Unternehmenswirtschaft gekoppelt: „Der endgültige Abschied vom ‚Rheinischen Kapitalismus' scheint vorgezeichnet." (1999, 949)

Literatur

Baumann, Jochen, 1998: Die Transformation des Sozialstaats in der Globalisierung. Sozialpolitik als Standortpolitik. In: Andreas Dietl u.a.: Zum Wohle der Nation. Berlin

Bergmann, Joachim, 1998: Die negative Utopie des Neoliberalismus oder Die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission. In: Leviathan 3

Berthold, Norbert, 1997: Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung. Ökonomische Theorie des Sozialstaates. In: Karl-Hans Hartwig (Hrsg.): Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates. Baden-Baden/Hamburg

Bischoff, Joachim, 1998: Hegemonie und Bürgergesellschaft. In: Ders./Frank Deppe/Klaus Peter Kisker (Hrsg.): Das Ende des Neoliberalismus? – Wie die Republik verändert wurde. Hamburg

Borchert, Jens, 1995: Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Frankfurt/M./New York

Boxberger, Gerald/Klimenta, Harald, 1998: Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes. München

Buntenbach, Annelie, 1998: Abbauarbeiten am Sozialstaat. Praktische Beiträge der Bundesregierung zur Massenerwerbslosigkeit. In: dies. u.a. (Hrsg.): Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg

Butterwegge, Christoph, 1996: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt

Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf, 1998: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin

Butterwegge, Christoph, 1999: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.), 1999: Alte und Neue Rechte an den Hochschulen. Münster

Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hrsg.), 1999: Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik. Baden-Baden

Dolata, Ulrich, 1997: Das Phantom der Globalisierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1

Dörre, Klaus, 1999: Der dritte Weg und die deutsche Sozialdemokratie. In: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 106

Ehrenberg, Herbert, 1997: Die große Standortlüge. Plädoyer für einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Bonn

Eppler, Erhard, 1998: Die Wiederkehr der Politik. Frankfurt/M./Leipzig

Gessenharter, Wolfgang, 1997: Herausforderungen zur Jahrtausendwende: Kann „Nation" die Antwort sein? In: Christoph Butterwegge (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Baden-Baden

Hansen, Ralf, 1998: Rückkehr des Leviathan. Konturen einer neuen „Sicherheitsgesellschaft". In: Joachim Bischoff u.a. (Hrsg.): Das Ende des Neoliberalismus? – Wie die Republik verändert wurde. Hamburg

Hickel, Rudolf, 1999: Abschied vom Rheinischen Kapitalismus? Zum rot-grünen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8

Hirsch, Joachim, 1998: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin

Hombach, Bodo, 1998: Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte. München/Düsseldorf

Huffschmid, Jörg (1998): Globalisierung als Gegenreform. Das Thema: Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. In: Regina Stötzel (Hrsg.): Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus. Marburg

Jaschke, Hans-Gerd, 1998: Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft. Hamburg

Mahnkopf, Birgit, 1999: Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? – Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte. In: Hans Eichel/Hilmar Hoffmann (Hrsg.): Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Reinbek bei Hamburg

Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard, 1999: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: Prokla 115

Rieger, Elmar, 1998: Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. Antikritisches zu Erklärungsproblemen und Interpretationsversuchen. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4

Rösner, Hans Jürgen, 1999: Soziale Sicherung im konzeptionellen Wandel – ein Rückblick auf grundlegende Gestaltungsprinzipien. In: Richard Hauser (Hrsg.): Alternative Konzeptionen der sozialen Sicherung. Berlin

Schäfer, Claus, 1999: Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen? Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort"-Debatte. In: Christoph Butterwegge u.a. (Hrsg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik. Baden-Baden

Schöni, Walter, 1994: Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung. In: Widerspruch, Heft 27, Zürich

Schröder, Gerhard, 1998: „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ..." – Regierungserklärung des Bundeskanzlers, abgegeben vor dem Deutschen Bundestag am 10. November 1998. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin 74, Bonn

Schröder, Gerhard / Blair, Tony, 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. 8.6.99. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7

Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk, 1997: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München

Sitte, Ralf, 1998: Wohin führt ein „Umbau" des Sozialstaates? In: WSI-Mitteilungen 10

Sonnenfeld, Christa, 1998: „So etwas nenne ich Zwangsarbeit". Der Abbau von Bürgerrechten der BezieherInnen sozialer Leistungen. In: Hanfried Scherer/Irmgard Sahler (Hrsg.): Einstürzende Sozialstaaten. Argumente gegen den Sozialabbau. Wiesbaden

Tichy, Roland, 1998: Ab in die Neue Mitte! Die Chancen der Globalisierung für eine deutsche Zukunftsgesellschaft. Hamburg

Zänker, Alfred, 1994: Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb. München

Zeuner, Bodo, 1997: Entpolitisierung ist Entdemokratisierung. Demokratieverlust durch Einengung und Diffusion des politischen Raums. Ein Essay. In: Rainer Schneider-Wilkes (Hrsg.): Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster

Zugehör, Rainer, 1998: Die Globalisierungslüge. Handlungsmöglichkeiten einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik. Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine. Unkel am Rhein/Bad Honnef